

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohtauschrift: Tageblatt Riesa.
Hausnr. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitziffer: Leipzig 21000,
Girofaz. Riesa Nr. 52.

Nr. 41.

Freitag, 18. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Wart ohne GuV abgezogen, vor Abholung am Postbüro monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer bis Ausgabetermine sind bis 9 Uhr vormittags abzugeben und im voraußen zu bezahlen; eine Gomme für das Schreiben an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Zeit für bis 45 zum breite, 1 mm hohe handschriftliche Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Markt, zeitraubender und tabellarischer Gas 10%, Auftrag, Nachschungs- und Vermittelungsgebühr 80 Pf. Zeile tarife. Gewöhnlicher Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontrolle gerät. Ausdrucks- und Drücklungen: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeiträge, Träger an der Elbe. — Im Falle schwerer Gewalt — Krieg oder sonstiger legenwalcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Ablieferung oder Absicherung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dahmen, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ausdruck und Ablieferung von Getreide betr.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums — Landeslebensmittelamt — vom 8. ds. Mrs. über Ausdruck und Ablieferung von Getreide — abgedruckt in Nr. 31 des Großenhainer, Nr. 30 des Riesaer und Nr. 16 des Magdeburger Amtsblatts — wird für den Bezirk des Kommunalverbands Großenhain einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa folgendes bestimmt:

1. **Täglich Monat und Weizen,** sowie sämtliche Getreide ist von den Befürkern spätestens bis zum 28. Februar 1921 auszudreschen und an einen der in dem Bezirk befreiten Aufnahmekommissionäre abzuliefern.

2. Von der Ablieferung, nicht aber von dem Ausdruck, freibt bleiben nur diejenigen Getreidemengen, die die Befürker zur Deckung der zum Betrieb gehörenden Grundstücke, zur Gewährung von Deputaten an Deputatberechtigte und, soweit es sich um Getreide handelt, zur Versorgung ausreichend dürfen. Weiter bleiben außerkanntes Saatnt und sonstiges Saatnt, zu dessen Veräußerung der Befürker berechtigt ist (§ 7 der Verordnung über den Saatntverkauf mit Getreide vom 10. Juli 1920 — Reichsgesetzblatt Seite 1442), sowie die von der Reichsgetreideanstalt zur Verarbeitung aus der eigenen Kette des Unternehmens freigewebten Getreidemengen von der Ablieferung frei.

Der Kommunalverband ist ermächtigt, in einzelnen, besonders zu begründenden Ausnahmefällen, in denen der Ausdruck und die Ablieferung bis zum 28. Februar auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, die Zeit bis zum 15. März 1921 zu verlängern. Gefügt um Gewährung dieser Vergünstigung sind eingehend zu berücksichtigen.

Die Aufstellung auf Gelände um Verlängerung der Ausdrucksfrist über den 15. März hinzu sieht der Landesgetreideanstalt zu. Derartige Gefüge sind ebenfalls bei der Amtshauptmannschaft mit eingehender Begründung einzureichen, die sie dann mit

gutachtlischer Neuherung der Landesgetreideanstalt vorgulegen hat. In den Gefügen ist genau anzugeben, wieviel Betriebe schwächungsweise noch auszudreschen ist und bis wann die Ausdrucksfrist verlängert werden soll.

3. Wer den Ausdruck und die Ablieferung des Getreides innerhalb der vorstehend angegebenen oder auf Grund dieser Bekanntmachung festgelebten Fristen schuldhaft unterlädt, wird auf Grund von § 80, Bißter 12 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 mit Geldstrafe bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 30 000 Mark oder mit einer dieser Fristen bestraft.

Hierbei wird bemerkt, daß die Belieferung der Landwirtschaft mit Drehsstrom durch den Elektrizitätsverband Gröba in neuerer Zeit vollständig ausreichend ist, doch es sich im Gegenentwurf dazu befindet, daß leitende der Landwirtschaft bedeutend weniger Drehsstrom abgenommen werden ist, als von dem Elektrizitätsverband Gröba zur Verfügung gestellt wurde. Einige Klagen über mangelhafte Lieferung von Drehsstrom seitens des Elektrizitätsverbands Gröba müssen unverdrossen bestritten werden, auch kann die Unmöglichkeit des Ausdrucks und der Ablieferung des Getreides innerhalb der festgelebten Frist nunmehr nicht mit mangelhafter Belieferung mit Drehsstrom begründet werden.

Gröba (Elbe), am 17. Februar 1921.

264 b1.

Die Amtshauptmannschaft.

Brennholzverkauf in Gröba.

Im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 14, werden Bestellungen auf Brennholz (Schalte, Knüppel und Nest) entgegengenommen. Auf den Haushalt kommt 1/4 m zur Verteilung.

Gröba (Elbe), am 17. Februar 1921.

Der Gemeindevorstand.

Örtliches und Sächsisches.

Riesa, den 18. Februar 1921.

* Die ehemalige Beihilfe an Arbeiter-entenempfänger. Wie uns mitgeteilt wird, soll aus Billigkeitsgründen auch noch denjenigen bedürftigen Arbeitrentenempfängern die ehemalige Beihilfe gewährt werden, die die bisher vorgesehenen Meldeleisten verfüllt haben. Anträge hierauf sind jedoch spätestens bis zum 1. März 1921 beim Stadtrat Riesa, Zimmer 11, anzumelden. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge bleiben ohne Ausnahme unwiderruflich in Überlegung.

* Hauptversammlung des Frauenvereins. Am 17. Februar hielt der Frauenverein von Riesa seine diesjährige Hauptversammlung ab. Herr Pastor Beck erklärte den Jahresbericht, der durchaus gänzlich lautete. Als Vereinssteuer sind 600 Mark mehr erhoben worden als im Jahre 1919. Die Haussammlung zur Weihnachtsförderung hat den Betrag von 4261 Mark ergeben. Dazu kommen an weiteren freiwilligen Spenden der Reingehörs des Chorvereinkonzerts in Höhe von 2569 Mark und eine Schenkung von 300 Mark, die dem Frauenverein von der Stadt Riesa überwiesen worden ist. — Die Einnahmen betragen insgesamt 14 058,10 Mark, die Ausgaben 12 943,26 Mark. Es sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß nur alte und frische Glieder unserer Gemeinde unterstützt werden, die bei ihrem geringen Einkommen oft die bitterste Not leiden. Darunter befinden sich solche, die bis vor kurzem nur eine Monatsrente von 30 Mark erhalten haben. Die Arbeit des Frauenvereins ist wirklich dringend nötig und bedarf auch in Zukunft beträchtlicher Unterstützung durch seine Mitglieder, Freunde und Söhner. — In diesem Jahre werden es 75 Jahre, daß der Frauenverein in unserer Stadt besteht. Es ist beschlossen worden, deshalb im Laufe des Jahres ein besonderes Fest zu veranstalten.

* Familienabend des Gewerbevereins. Im festlich geschmückten Saale des Rathauses zum Stern hielt der Gewerbeverein gekleidet seinen zweiten Familienabend ab. Die Zusammenstellung des Programms, sowie dessen Verteilung hatte in liebenswürdiger Weise Herr Leon Schönebaum übernommen. Es wurden neben dem instrumentalen Teil Doppelquartette, Duette und Einzelvoirtäte geboten, die sämtlich außerordentlich klug und zum Vortrag gebracht wurden. Den Schluss des abwechslungsreichen Programms bildete ein von 18 jungen Damen aufgeführter Bauernreigen, der Auge und Herz erfreute. Wie der Vortragende schon in seinen Begrüßungsworten erwähnte, sollten die wenigen Stunden dazu beitragen, die Sorgen und die Steuerlasten einmal zu vergessen. Wie am Ende der Veranstaltung allen denen die zum guten Wohle beigetragen verzögert gedankt wurde, so sei auch an dieser Stelle allen nochmals der beste Dank zum Ausdruck gebracht. — nn.

* etwas von der Seelenlehre muß heute, im psychologischen Zeitalter, jeder wissen. Richtig angenehmen kann man sich diese Kenntnis vermittelnd durch die Vorträge, die von dem bekannten Gründer und Leiter des ersten psychologisch-pädagogischen Institutes in Deutschland und von dem Schriftsteller dieses Institutes in der Turnhalle der Schule Gröba gehalten werden. Die Vorträge zeigen die Arbeit im psychologischen Laboratorium, führen aber ebenfalls wieder an das Leben heran. Von großem Interesse sind die Gebiete Berufsbildung und Begegnungsforschung. Sie behandeln Fragen, die heute viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschäftigen und die von den Vortragenden in ambianter Weise auf das gründlichste behandelt werden. Die Vortragenden werden im kommenden Sommer die Vorträge in Finnland halten. Auf allgemeinen Wunsch wurden die Vorträge auf den Sonnabend-Nachmittag verlegt, sie beginnen 8.30 und 6.45.

* Pensionsvorschüsse an Altpensionäre. Das Reichsministerium des Innern gibt bekannt: Da den vor dem 1. April 1920 verabschiedeten Verufsoffizieren und Verufbeamten des ehemaligen Heeres und der ehemaligen Marine nach dem Rentenübergangsgebot (vom 21. Dezember 1920) mit Wirkung vom 1. April 1920 ab stehenden höheren Rentenabnahmen, zu denen auch Kinder- und Leistungszuschläge gehören, können erst nach Bekanntwerden der Ausführungsbestimmungen an dem genannten Gebot endgültig berechnet werden. Da aber bis dahin noch einige Zeit vergehen wird, soll zunächst der vom 1. April 1920 ab zu stehende Mehrbetrag überprüfungsberechnet und vorbehaltweise angewiesen werden. Zu diesem Zwecke sind Fragebogen hergestellt worden, die durch die

Postanstalten ausgegeben werden. Die vorgenannten Altpensionäre müssen von einer der Postanstalten, die Mittelposten auszahlen, zwei Fragebögen fordern und damit genau nach der auf den Fragebögen stehenden Anweisung verfahren. Die Fragebögen werden von Mitte Februar ab bei den Postanstalten bereit liegen. — Für ehemaile Offiziere des Beurlaubtenkandes, die nicht Berufsoffiziere waren, sind die Fragebögen nicht bestimmt. Für Hinterbliebene sind Fragebögen nicht erforderlich, da die zur Berechnung des Vorschusses nötigen Angaben aus den bei den Pensionsfeststellungsbehörden vorhandenen Akten entnommen werden können. Ihre Pensionserhöhung wird daher von Amts wegen schleunig in die Wege geleitet.

* Eine neue Vorschauung an Beamte. Wie aus Dresden berichtet wird, schwanken gegenwärtig im Ministerium Erwägungen über eine abermalige Vorschauung an die Beamten, Lehrer usw., und zwar handelt es sich dabei um die Nachzahlungen, die sich aus der Einführung verschiedener Orte Sachsen in neue Dresden ergeben. Die Berechnung dieser Nachzahlungen geklärt sich aber überaus zeitraubend und wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Angehört der gegenwärtigen Vorschauung der Beamten soll dieser einstellen ein Vorschuss hierauf gezahlt werden, der bei der endgültigen Regelung mit verrechnet werden soll. Der Vorschuss soll in Höhe von 1000 Mark gewährt und, wie verlautet, bereits am 21. Februar ausgeschüttet werden. Eine ministerielle Verordnung hierüber wird in aller nächster Zeit ergehen. Die aus der Neuregelung verschiedener Orte in eine andere Ortsklasse resultierenden Nachzahlungen sind rückwirkend ab 1. April 1920 und werden bis zu Ende September von den Gemeinden und vom 1. Oktober ab vom Staat gefordert.

* Das Fleisch wird nicht billiger? Wie die Reichsleistungsstelle mitteilt, kann trotz der ab 15. Februar erfolgten Freigabe der Einfuhr von lebendem Schlachtfleisch, sowie geräucherter Fleisch, Speck, Lard u. Schmalz ein Sinken der Fleischpreise nicht erwartet werden. Schon seit längerer Zeit konnten ja Interessenten, wenn sie sich die keitsbereitwillig erzielte Einflussnahme des Nebenwachungsausschusses verschafften, Fleischwaren einführen. Dennoch seien die Fleischpreise nicht herunter, sondern eher etwas hinaufgegangen. Schuld daran sei eben der Preisfall der deutschen Mark. Die Reichsmarkschwäche ist also der Anlaß, daß für die nächste Zeit keinerlei Preisänderung auf dem Fleischmarkt eintreten werde. Höchstens könnte dies in geringem Maße bei Schmalz und Speck der Fall sein.

* Die Erhöhung der Industriezölle. Bei der beabsichtigten Erhöhung der Industriezölle rechnet das Reichsfinanzministerium laut "Berl. Tageblatt" mit einer Mehrerlöse von rund einer Milliarde. Gegenwärtig ergibt die Industriezölle rund 200 Millionen Mark.

* Zur Befreiung der Kleidernot. Um die Kleidernot etwas zu mildern, kommen aus den Behörden der Sächsischen Landesstelle für Textilnotstandsversorgung Maßnahmen einzutreten, die den tatsächlichen Arbeitsangeboten zur Verteilung, die für den freien Verkauf bestimmten sind und ohne Berechnungsschein an jedermann abgegeben werden dürfen. Einzelhändler müssen ihren Bedarf beim Reichsleiderlager Dresden, Trompetenstraße 14 oder beim Reichsleiderlager Chemnitz, Zwickerstraße 5 sofort anmelden.

* Gegen die Schmälerung der Zigarettensteuer-Ermäßigung. Die demokratischen Abgeordneten Dr. Dehne und Dr. Reinhold haben an den sächsischen Landtag folgenden Antrag gerichtet: Die ohnehin ungünstigen Arbeitsverhältnisse in Sachsen werden dadurch eine weitere Verschärfung erfahren, daß die bisherige Zigarettensteuer-Ermäßigung vom 1. April nicht mehr in dem bisherigen Umfang gewährt werden soll, wodurch Abhakstufen, Betriebseintrittsungen und Arbeitserlassungen unvermeidlich werden. Welche Schritte hat die sächsische Regierung bei der Reichsregierung unternommen, um diese für Sachsen besonders schädliche Maßnahme zu verhindern?

* Eine Erhöhung der Eisenbahnschafft. Zu der Meldung über die geplante abermalige Erhöhung der Eisenbahnschafft, wonach die neuen Fahrtarife sich auf Einheitsabfahrten aufbauen sollen, die für die vierte Klasse 13 Pfennige, die dritte 19,5 Pfennige, die zweite Klasse 32,5 Pfennige und für die erste 58,5 Pfennige pro Kilometer betragen, wird mitgeteilt, daß die Regierung der Fahrtarife nur auf die Fernbahnen Anwendung findet. Eine Erhöhung der Fahrtarife

im Nahverkehr sei nicht zu erwarten und für die nächste Zeit ebenfalls nicht vorgesehen.

* Die sächsischen Gewerbeämter halten am 11. und 12. ds. Mrs. ihre erste diesjährige gemeinländige Tagung in Leipzig ab. Neben einer Auswahl, die innere Tätigkeit der Gewerbeämter betreffenden Angelegenheiten, beschäftigen sich die Kammer u. a. mit dem Entwurf eines sächsischen Gewerbesteuergelezes und eines Reichsgesetzes über Waffen und Munition, sowie mit der Verordnung des Reichsministeriums, betreffend Förderung des ländlichen Haushaltens zur Sicherung von Nullarbeit für die nicht voll beschäftigten Arbeitnehmer auf dem Lande und zur Errichtung der dortigen Betriebe, ferner mit der Errichtung der Gewerbeämter in den Sächsischen Städten.

* Die Dresden Handelskammer erhält das Reichsministerium, dafür einzutreten, daß der Transfurtherverkehr von Erzeugnissen durch die Ein- und Ausfuhrkontrolle noch Möglichkeit besteht, was allerdings nicht so weit führen dürfte, daß Bereidelungsbereich der sächsischen Industrie geschädigt würden. Es wurde darauf hingewiesen, daß sonst die große Gefahr besteht, daß die Transfurthergüter dem deutschen Handel verloren gingen. Außerdem sei aber auch nicht recht einzusehen, warum die inländischen Transfurther unter einer Ein- und Ausfuhrkontrolle gestellt werden sollten, da in den Freihandelsgebieten schon längst ein freier Transfurtherverkehr besteht und die inländischen Transfurther noch dieselbe Aufgabe zu erfüllen hätten wie die Freihäfen. — Auf eine gerichtliche Anfrage erwiderte die Handelskammer, daß nach Handelsbruch bei dem Vorschub "freibleibend" allein der Lieferant und dieser nur zur Aushebung des Liefervertrages, nicht aber zur späteren Erhöhung des Preises befugt sei. Hierzu würde es noch einer besonderen Vereinbarung bedürfen.

* Die ungünstige Finanzlage Sachsen's. Die Übernahme der persönlichen Schulden aus den Staat in Sachsen wird Mehrausgaben von etwa 333 Millionen Mark jährlich verursachen. Anfolgedessen wird wahrscheinlich eine Verkürzung des Anteils der Gemeinden an der Reichsteinkommensteuer in Erwägung gezogen werden. Aber auch sonst stehen dem sächsischen Staat neue große Ausgaben bevor; so, durch die teilweise Verstaatlichung der Polizei und durch die teilweise Erhöhung der Unterstützungs- und die Erwerbsteuer-Unterstützung. Auf der anderen Seite werden die Einnahmen und Nebenkasse immer geringer. Sachsen beanprucht aus Reichsteinkommen- und Körperschaftsteuern mindestens eine Milliarde Mark, aber darüber hinaus muß die Grundsteuer noch reformiert und eine Gewerbesteuer neu eingeführt werden. Eine durchgreifende Sanierung ist aber davon keineswegs zu erwarten, denn ein erheblicher Teil dieser Steuer wird in die Städte der Gemeinden fließen. So bei anerkannt ist auch, daß die staatlichen Unternehmungen immer weniger Nebenkasse tragen, ja sogar zum Teil recht beträchtliche Ausschüsse erfordern. Bei der Meißner Porzellan-Manufaktur ist nur ein Überschuss von 267 000 Mark zu erwarten, während ursprünglich 788 000 Mark berechnet worden waren. Beim Bad Elster war ursprünglich ein Fehlbetrag von 361 000 Mark errechnet worden; es stellt sich aber auf über 3 Millionen Mark. Die Städteleiter sollen ursprünglich 2,8 Millionen Mark Bruttos erforderlich, es wird aber mindestens 4,9 Millionen betragen. Auch die Städte bringen 313 000 Mark weniger als ursprünglich voran klagen. So sind also die Ausichten für die sächsischen Staatsfinanzen nicht gerade günstig zu nennen.

* Versteigerung von Heeresgut. Von der Reichsrestandgesellschaft werden im Laufe der nächsten Woche in Dresden, Leipzig und Berlin Eisenbahn, Wiederkäufe, Schrauben, Muttern, Drähte usw. öffentlich versteigert. Näheres ist aus der im Angelenteil befindlichen Bekanntmachung zu ersehen.

* Wiederung des Bündwarensteuergelezes. Die Nationalversammlung hat am 10. September 1919 ein Bündwarensteuergebot beschlossen, in dem die Einführung eines Herstellungsmonopols für Bündwaren vorbereitet ist, welches spätestens am 30. März 1921 in Kraft treten sollte. Wie das "Berl. Tageblatt" erichtet, wird das Reichsfinanzministerium auf Grund der angeleiteten Er-

bedungen eine Betriebsförderung vorzunehmen, durch das auf das Monopol verzichtet und bestimmt wird, daß Bündelzölle lediglich einer Verbrauchsabgabe unterliegen sollten. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Einführung eines Monopols eine einmalige Ausgabe von 301 100 000 Mark erforderlich machen würde, für die aber angeblich der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse keine genügende Gestaltung und Amortisation aus dem Monopol zu erwarten wäre.

* * * Die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise, die am 1. Juni d. J. in Kraft treten soll, wird vielen Kreisen des Reiches das Reisen fast ganz unmöglich machen. Zur Illustrierung möge folgende Aufstellung dienen: Es kostet eine Fahrtkarte im Verleneren von Dresden: nach Berlin ab 1. Juni 2. Klasse 58.50 M. (bisher 48.60), 3. Kl. 35.10 M. (26.40), 4. Kl. 25.40 (16.20); nach Leipzig ab 1. Juni 2. Kl. 39.00 M. (28.80), 3. Kl. 22.40 M. (17.40), 4. Kl. 15.60 M. (11.20); nach Bremen ab 1. Juni 2. Kl. 19.50 M. (11.40), 3. Kl. 11.70 M. (8.50), 4. Kl. 7.80 M. (5.80); nach Chemnitz ab 1. Juni 2. Kl. 26.00 M. (19.80), 3. Kl. 15.60 M. (11.80), 4. Kl. 10.40 M. (7.80); nach Freiberg ab 1. Juni 2. Kl. 13.50 M. (10.20), 3. Kl. 8.20 M. (6.40), 4. Kl. 5.50 M. (4.00); nach Bielefeld ab 1. Juni 2. Kl. 49.40 M. (38.00), 3. Kl. 29.70 M. (22.60), 4. Kl. 19.80 M. (14.20); nach Riesa ab 1. Juni 2. Kl. 17.80 M. (12.60), 3. Kl. 10.60 M. (7.80), 4. Kl. 7.10 M. (5.20). Bei Benutzung von Schnellzügen verteuern sich die Fahrpreise ganz erheblich. Der Schnellzugausfallpreis beträgt ab 1. Juni in 2. Kl. 8 M. (bisher 5 M.), 3. Kl. 4 M. (bisher 3 M.), bei Strecken von 1 bis 75 km; ab 1. Juni bei Strecken von 75 bis 150 km in 2. Kl. 16 M. (bisher 12 M.), 3. Kl. 8 M. (6 M.); bei Strecken über 150 km ab 1. Juni in 2. Kl. 24 M. (bisher 18 M.), 3. Kl. 12 M. (9 M.). * * * Größt. Ein junger Arbeiter hatte hier zur Anzeige gebracht, daß er in der Nacht zum Donnerstag, etwa gegen 1/2 Uhr, auf der Straße vom bleichen Rittergut nach Reichen angefahren und durch einen Westerstädt im Gesicht verletzt worden sei. Tatsächlich war ihm auch eine Wunde durchschritten. Die angestellten Früchtungen haben jedoch ergeben, daß der Verarbeiter von dem jungen Menschen tingiert worden ist und es sich die Verlegung im Gesicht selbst beigebracht hat. Er stand im Verdacht, von einiger Zeit auf dem Wege nach Neuen erfolgte Überfälle ausgeschüttet zu haben. Um sich von diesem Verdacht zu reinigen, hat er den Überfall auf sich selbst erichtet.

* * * Röderau. Die bietige Arbeitsschafft veranstaltet Freitag, den 25. Februar 1921, abends 18 Uhr im Waldschlößchen zu Röderau eine Elternversammlung, in der Herr Lehrer Kluge aus Leusitz bei Leipzig einen Aufklärungsvertrag über „weltliche Schule und Religionsunterricht“ halten wird. Da auch hier in dieser Frage viel Unklarheit besteht, so werden schon heute die erziehungsberechtigten Einwohner aller Kreise von Röderau und Umgebung auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht und zu zahlreichem Besuch desselben aufgefordert.

* * * Mühlitz. Seit kurzer Zeit besteht hier zur Anzeige und Pflege des Deutschen Schäferbund-Verein Grafrath, Bayern. Unterseitens, die sich dieser Gruppe anzuwählen gedenken, können Auskunft von Louis Schmidt erhalten.

Weihen. Dem Schlosser Habschus Cheba in der Habschendorfer Straße wurden Drillinge (2 Mädchen und 1 Knabe) geboren. Mutter und Kinder befinden sich den Verhältnissen entsprechend wohl.

* * * Dresden. Seit Dezember gab die kommunistische Partei Sachsen für ihre Dresdner Anhänger eine Dresdner Ausgabe des „Sächsischen Volksblattes“ heraus, die wegen ihrer Mangelhaftigkeit später durch den Chemnitzer „Kämpfer“ ersetzt wurde. Seit Dienstag erscheint nun in Dresden ein eigenes Organ der Kommunisten, betitelt „Volksblatt“ mit Erstausgabeort Dresden.

Pirna. Das neu gewählte Stadtverordnetenkollegium, in dem die bürgerlichen Parteien die linksstehenden 18 Sitze haben, trat zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Als Vorsteher wurde Geschäftsführer Schirmer (U. G. P.), als 1. Stellvertreter Lehrer Hörold (Nehr-Bog.) und als 2. Stellvertreter Schlosser Schlegel (Kom.) gewählt.

* * * Plauen. Vor einigen Tagen wurden, wie gemeldet, in der Rang-Mühle in Klein-Griesen bei Plauen 1. B. 200 Rentner beschlagen. Wie weiter gemeldet wird, konnten nach nochmaliger Revision 500 Rentner getreidet in derseinen Mühle beschlagen und nach Plauen geschafft werden. Die Mühle ist geschlossen und der Besitzer verhaftet und der Staatsanwaltschaft angezeigt worden.

* * * Leipzig. Um alarmierenden Nachrichten entgegenzutreten, teilte das Wehramt mit, daß nur auf wenigen Bauwerken die Zimmerleute gestern vormittag für einige Stunden in den Außstand getreten sind, der dann aber sofort beigelegt wurde. Die Bauarbeiten haben auf seiner Stelle eine vollständige Unterbrechung erfuhrten.

* * * Leipzig. Wie die „Z. R. N.“ von besonderer Seite erfahren, gibt der in Hof genommene Lokomotivführer des Unglückszuges an, daß er sich zunächst geweigert habe, mit seiner schadhaften Lokomotive zu fahren und eine andere ver-

langt habe. Dieser letzter Wille sei jedoch nicht eingestanden worden, vielmehr sei ihm noch eine zweite Lokomotive missenzen worden, die bei der Einsicht in den Hauptbahnhof nicht genug gebremst worden sei und seine eigene Maschine nach vorne gedrückt habe.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Wie 75 Prozent Einkommensteuer für 1920? In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ erklärte der sächsische Finanzminister Heß: Nach einer dem Reichstag zur Entscheidung vorliegenden Reichsverordnung soll für das Rechnungsjahr 1920 nicht der volle Betrag der Jahresinkommensteuer, sondern nur 75 Prozent erhoben werden. Wie das „Berliner Tageblatt“ hieran von anhängerlicher Seite erklärte, ist in dem Gesichtspunkt, daß dem Reichstag vorliegt, offenkundig die Abhilfe, nur 75 Prozent der Reichsinkommensteuer für das Jahr 1920 einzuziehen, enthalten. Ob es aber zur Ausführung dieser Absicht kommt, läßt sich heute noch nicht übersehen. Finanzminister Heß erklärte, würde die Vorlage Gesetzkrat erlangen, so würde das Reich für das Rechnungsjahr 1920 eine Einführung von 25 v. H. des veranschlagten Aufkommens aus Reichsinkommensteuer erleben. Bei Ausprägung eines Jahresaufkommens von 12 Milliarden Mark würde das Reich also 3 Milliarden weniger einnehmen. Es ist zu befürchten, daß diese geplante Maßnahme auch für die Finanzen der einzelnen Länder und der Gemeinden ungunstige Auswirkungen zur Folge haben würden. jedenfalls ist dadurch von neuem eine große Unsicherheit für die Beurteilung der Finanzlage des Staates und der Gemeinden herverauftreten worden, die im Interesse aller Beteiligten baldstatt bereitstehen werden, die im Interesse aller Beteiligten baldstatt bereitstehen werden.

Zur Auffindung des Lieberkindsabkommen im Ruhrbergbau durch die Organisationen der Bergarbeiter wird im „Vorwärts“ ausgeschaut, daß die Auffindung des Lieberkinds schon seit längerer Zeit infolge des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter ins Auge gefaßt worden war. Ob es in den nächsten Tagen zwischen den beteiligten Interessenten zu weiteren Verhandlungen kommen werde, steht noch offen.

Zur Sicherheit in Berlin. In Berlin sind gestern vormittag die Arbeiter und Amtsschäfer der großen Kohlenfirmen plötzlich in den Außstand getreten. Der Grund dafür ist in der noch nicht erfolgten Durchführung der Tarifbindung zu suchen, die vom Schlichtungsausschuß festgestellt worden ist.

Streik der städtischen Arbeiter in Thüringen. Die Stadt Weimar ist infolge Auslands ohne Gas, Wasser und Elektrizität. Auch in Mühlhausen in Thüringen haben sämtliche städtische Arbeiter des Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerkes, sowie der Straßenbahn die Arbeit niedergelegt.

Die Abstimmung in Oberschlesien. Wie die Berliner Abendblätter melden, läuft die Einprachabstimmung gegen die Wahlen für die oberschlesische Abstimmung entgegen anderen Wiedergaben nur bis zum 22. d. M.

Eine amerikanische Liebesgäbe von 80 Millionen Pfund Weiß. Die „Röhmische Volkszeitung“ meldet: Der Erzbischof Dr. Schulz bat vom Erzbistum Minden in Köln ein Radiotelegramm erhalten, daß eine Liebesgabe von 80 Millionen Pfund Weiß für die Notleidenden in Deutschland gesucht werden solle. Gleichzeitig fragte der Erzbischof an, ob die Reichsregierung den erlöserlichen Schiffsraum stellen könne. Sowohl der Reichskanzler wie der Reichsvermögensminister haben den Kölner Erzbischof unter dankbarer Anerkennung der charitativen Wirkung der Katholiken Nordamerikas telegraphisch wissen lassen, daß der Schiffsraum unvergänglich zur Verfügung gestellt werden sollte.

Die Lage in der Rallindustrie. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands veröffentlicht über die Verhandlungen in der Rallindustrie eine Binschrift, der wie folgendes entnehmen: „Über die Lage in der Rallindustrie finden zwischen den Werksleitern und Werksvertretern Verhandlungen statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Von beiden Parteien wurde die augenblicklich äußerst schwierige Lage der Rallindustrie anerkannt. Die Werksvertreter erklären sich zu ihrer Bedeutung bereit, wenn die seit Monaten schwedende Wohnfrage vorher gezeigt würde. Die Arbeitgeber erklären, daß nach dem Schwinden der Auslastung auf Preisreduktion durch die Stellungnahme der Vertreter der Arbeiter ihnen nichts anderes übrig bleibt, als durch Herabsetzung der Selbstkosten die Unwirtschaftlichkeit der Industrie nach Möglichkeit zu verringern. Von Arbeitseite wird auf den Reichskonservativen der Ralliarbeiter über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet werden.“

Die Verhandlungen von Flügelmitteln ins Ausland werden vom Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern energisch verfolgt und haben zu zahlreichen Verhaftungen an verschiedenen Plätzen des Reiches geführt. u. a. wurde ein Polizeireiter der Berliner Außenhandelsstelle für Chemie namens Riegel und seine Untervo-

werkerin Gräfin Helene Riegel festgenommen. Sie hatte mit dem Kaufmann Reinhardts in Charlottenburg die American Chemical Products gründet. Beide betrieben eine umfangreiche Ausfuhr von Düngemitteln. Die Ausfuhrberechtigung wurde beauftragt Riegel. Eine Bewilligung aus dieser Quelle wurde in Holland mit falschen Stempeln der Eisenbahndienstverwaltung vereitelt. In Köln führt der frühere Oberrechtsrat Konrad Dr. Schauswald die notwendigen Maßnahmen. Ein anderer Teil der Beschuldigten befindet sich in Haft. Im Frankfurter wurde vor kurzem der Kaufmann W. Mörschel wegen Verschiebung von Chemikalien nach Holland dem Richter vorgeführt. In dieser Angelegenheit wurden im Hamburger Hafen große Mengen von Chemikalien und Medikamenten beschlagnahmt. Begen ähnlicher Schließungen, in die Beamte der Rallindustrie Mitteldeutschlands verwickelt sind, befindet sich der Kaufmann Sattler im Berliner Untersuchungshaftgefängnis. Auch gegen die Firma Roos & Comp. in Berlin schwiegt ein Verfahren wegen verbotener Ausfuhr von Chemikalien. Die in Frage kommenden Werte gehen in die Millionen. Die hintergezogenen Ausfuhrverbote sind entsprechend hoch.

Das deutsch-polnische Transitsabkommen auf Grund des Art. 93 des Friedensvertrages ist in Paris fertiggestellt worden, bedarf aber noch der Zustimmung Danzigs.

Zum Streik der Straßenbahnen im Industriegebiet wird noch bekannt, daß sich der Außstand auf die Städte Essen, Dortmund, Elberfeld, im ganzen Ruhrgebiet ausdehnen wird. Von Duisburg bis Dagen und Bochum ruht der Verkehr vollständig.

Die preußischen Landtagswahlen. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahndirectionen angewiesen, dem Eisenbahnpersonal die Beteiligung an den Wahlen am vorherigen Landtag in weitestem Umfang zu ermöglichen.

Der Streik im Buchdruckergewerbe im Saargebiet ist noch anhaltender Dauer belegt worden. Die Arbeit sollte in den verschiedenen Druckereien im Laufe des nächsten Tages wieder aufgenommen werden. Die Lohnforderungen der Gedruckten sind erfüllt worden. Sie erhält eine geplante Lohnzulage von vierjähriglich 500 bis 520 Mark. Die Streikende werden nicht bezahlt.

Der Handel mit gefälschten Einflugscheinchen. Wie die „Z. R. am Mittag“ mitteilt, wurde durch die Kriminalpolizei wieder ein mit großer Sorgfalt vorbereiteter Handel mit gefälschten Einflugscheinchen aufgedeckt. Es handelt sich um eine Einführung von 6000 Tonnen Auslandszucker, die einer Berliner Großhandlung angeboten wurden. Da nun die Erlaubnis, der Einfuhr von Auslandszucker nur unter großen Schwierigkeiten zu erlangen ist, und der Befehl von 6000 Tonnen einen Wert von rund 120 Millionen Mark darstellen würde, gingen die Beteiligten mit Hilfe der Polizei der Sache auf den Grund und konnten feststellen, daß der Einflugschein gefälscht war.

Die Stärke der fahrbaren Truppen im Rheinland. Über die Stärke der im Dezember 1920 im belagerten Rheinland befindlich gewesenen tschechischen Truppen wird amtlich bekannt: Im Bezirk Köln befinden sich rund 4500 Karabiner, im Bezirk Aachen rund 2100 Karabiner u. Karabiner, im Bezirk Trier 385 Karabiner und Ammunition, im Bezirk Koblenz 700 Karabiner und Gewehre, in Hessen wurden 650, in der Pfalz rund 3000, im Bezirk Wiesbaden rund 5800 Karabiner verschiedener Art untergebracht. Insgesamt betrug die Zahl der fahrbaren Truppen etwa 24 000 Mann. Es ist zu befürchten, daß mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit neue fahrbare Truppen in die deutschen Rheinlande ihren Gang halten werden.

Republik Österreich.

Die Forderungen der Beamten. Nachdem die vorgestern mittag geführten Verhandlungen der Vertreter der Staatsbeamtenchaft des Finanzministeriums bezüglich Gehaltsaufsteigerung nach Ablehnung des Angebotes der Regierung als ergebnislos abgebrochen waren, nahm eine am Abend abgehaltene Plenarsitzung der Staatsbeamtenenschaft eine Resolution an, wonach die Erfüllung der Forderungen bis Sonnabend verlangt wird.

Belgien.

Selbstmord einer gefährdeten Belgierin. Belgische Blätter melden: Gräfin Louise Thullies, die zusammen mit Miss Favell die Organisation ins Leben gerufen hatte, die während des Krieges die Flucht der belgischen und alliierten Soldaten aus Belgien begünstigte, bat in Mons Selbstmord begangen, indem sie sich vergiftete. Gräfin Thullies hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter das Kreuz der Ehrenlegion und das französische Kriegskreuz. Neue Momente waren bekannt geworden, die die Rolle etwas verdunkelten. Aus undeutlichen Zeichen ging hervor, daß diese Dame während des Krieges zahlreiche Personen bei den deutschen Behörden denunziert hat.

Frankreich.

Die kommunistischen Umrüte. Der allgemeine Sicherheitsdienst teilt mit, daß im Departement Pas de Calais zahlreiche Blasphemie und antimilitärische Flugschriften verbreitet werden. Eine Untersuchung ist im Gange. Ferner sind im Lager der früheren russischen Legionäre in der Nähe

„Ja, ja!“ Er rieb sich die Hände und befand sich darauf, was er nun sagen würde. „Doch ich Sie nicht vergessen habe, ist doch eigentlich kein Wunder. Die paar Leute, die ich seines lebte, verloren ich nie. Und wenn es nun gar noch ein so ehrbarer Mann ist — und die Umstände waren doch auch ja, daß man Sie nicht vergessen kann.“

„Leider! Wenn ich eine Ahnung gehabt hätte, ich würde natürlich nicht gesagt haben.“

„Ja, lassen Sie mir, das war wohl doch ganz gut so. Aber ob es nun wirklich so freudlich ist, wie Sie meinen, wenn ich Ihnen so ins Haus falle, das will ich wirklich nicht.“

„Ach, so lassen Sie mich wenigstens annehmen, daß es keine unerträgliche Überraschung ist, der ich Ihren Besuch verdanke. Zugleich aber schulden Sie mir noch eine Antwort auf meine Erfristung nach dem Befinden der Damen.“ Ich muß sehr viel an Ihnen denken, und ich habe sehr bedauert, daß ich gar nichts mehr aus Kundenst geküßt habe.“

„Ja, die Damen! Sehen Sie, Herr Professor, eigentlich kann ich Ihnen weg zu Ihnen. Der Herr Doktor und der Sohn geht es soweit ganz erträglich. Es läuft gut, das Schicksal geht es zurück.“

„Gott sei Dank! Und Wicht?“

„Ja, der! Son der Verlobung hatte damals ja mein Mensch eine Ahnung, ich habe es erst hinterher erfahren. Haben Sie ihn denn nicht gehabt? Sie ist doch hier in Berlin?“

„Stimmt mir er da, aber ich sehe ihn nicht mehr.“ Das Klang ist schwer abschmecken, daß Böpflau nicht weiter zu fragen wagte. Aber er späte nach seiner Gewohnheit die Fragen, als wollte er zertifizieren: „Also, zwischen den beiden habe es also wohl auch etwas gegeben.“

„Was ich nun eigentlich mit Ihnen besprechen wollte, Herr Professor, Sie müssen ja, es war wegen der beiden Damen und ein wenig auch wegen des Postbeamten. Ich weiß bloß nicht, ob Sie Frei für mich haben, denn ja beide werden ja wohl nicht fertig werden.“

Walter stand auf.

„Ich habe Zeit. Aber zum erlauben Sie einen Augenblick! Sie können und geb dem eintretenden Böpflau einen kleinen Brief. Was das sein trinken Sie doch mit mir, nicht wahr? Und wirklich keine Gläser? Ich möchte Sie dabei und zunächst Sie an.“

Heimatsgeschicht.

Roman von Ludwig Schumann.

„Ja, der gnädige Herr wollen doch nicht etwa vertraten? Nun lochte er, daß er den Atem verlor und sich die schweren Seiten halten mußte.

„Über, Frau Preuß, heiraten mit meinen 66 Jahren!“

„Na, wer weiß all! Es hat schon Leute gegeben, die so was gemacht haben!“

„Hast es ja! Ich bin leider davon und mein Traum steht ebenfalls ganz anders aus. Sagt Sie Ihrem Mann, er soll die Britische auspacken lassen. Ich will nach Hohenstein zur Wahl.“

„Der gnädige Herr wollen gewiß nach Danzig?“

„Nein, diesmal geht es weiter! Sagt Berlin will ich, und ein paar Tage bleibe ich schon dort.“

„Ach nein! — nach Berlin. Ist die Möglichkeit! Und gleich ein paar Tage, so lang sind der gnädige Herr ja noch nie fort zu weichen!“

„Was vielleicht dummen genug, daß ich es nicht getan habe. Aber nun sagten Sie Ihrem Mann Bescheid und sagten Sie ihm mit der. Der Orlowitz soll sich fertig machen und fahren.“

Preuß wunderte sich nicht weniger als seine Frau, aber er sprach seine Verwunderung nicht aus. Reden war überhaupt keine Sache nicht, das befürgte seine Frau so gründlich, daß er sich mehr auf die stille Gebäudenarbeit zu konzentrieren konnte.

Er empfing seine Besucherin, während Böpflau sich für die Reise umzog. Dann trug er die alte Kleidung in die offene Brusttasche hinzu, die den Herrn zur Bahn bringen sollte.

Böpflau ging noch zu Orlowitz hinzu, um ihm für ein paar Tage Unterkunft zu sagen. Darauf erfuhr er, daß Orlowitz seine Dienstzeit bei der Wehrmachtkommandantur in Berlin verbrachte. Er kam aus Luckenbach, und das war es gut, wenn er sich über die Reise, die sie den jungen Herrn fertig wenige als für Böpflau ein Ereignis war, zu einem unzähligen Erinnerungen hingab.

„Auf einen Augenblick ließ Böpflau denn auch beim Postbeamten stehen. Er schlüpfte kurz die Weste an und

von dem hoffnungsvollen Prospekturkonsortium und weiteren Betriebsergebnissen auf denen als Präsident Schwerdt und die Jahreszahl 1921 angegeben ist. Giner berichtet der Zeitung, daß hier eine Unterladung im Range eines Meisters wird laut „Motorschiff“ aus Brüssel verübt, das dort in letzter Zeit bei mehreren britischen Hochforschungen aufgetreten ist, deren Ergebnis darauf hindeutet, daß in Nähe einer aufstrebenden Werftesiedlung auf Westaußenwasser gleichzeitig in Brüssel, Paris, Amsterdam, sowie in Deutschland zu erwarten ist.

Abstand des Textilbetriebs. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Paris haben die Textilunternehmungen von Roubaix und Lille einen Arbeitstreffer vereinbart, daß sie den 1. April, d. J., bewilligen könnten, um 10 Uhr aufzuhören. Aufzulösen haben die Arbeiter in den beiden sogenannten Städten und Umgebung für kommenden Montag den allgemeinen Rückzug erklärt.

Schweden.

Die Regierungsspitze. Der Völkerrat der Regierungskette Admiral Hindmann, der nach der Übereinkunft Braunschweig zur Abstimmung aufgelöst wurde, hat ebenfalls abgesetzt. Der Abteilung hat sich sodann an den Völkerrat der liberalen Partei, Vandenhauzen übergeben, sement, der erklärt, das Recht nicht übernehmen zu wollen.

Amerika.

Beschlisse zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Der Staatssekretär der Federal Reservebank, Dilling, erklärte in seinem Bericht, die Nachfrage sei vernichtet. Die finanzielle Stabilität und Stabilität einer größeren Anzahl anderer Länder hängt jedoch von den Vereinigten Staaten ab. Es besteht die Sorge, daß der amerikanische Außenhandel auf ein Minimum beschränkt bleibt, wenn nicht ein normaler Markt und die Kaufkraft in den europäischen Ländern wieder hergestellt würden. Das ist aber nur möglich, wenn die Vereinigten Staaten fortsetzen, ihre Rüstung gegen langfristige Kredite durch eine Kooperation, die nicht staatlich ist, zu liefern. Die Lebensmittel hingegen, die für den sozialen Verbrauch verwendet werden, müssen unverzüglich an Amerika verschickt werden.

Das amerikanische Motorhausbauprogramm. Das die Amerikaner der Union auf die Stärke der englischen bringen soll, ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Februar 1921.

Meldungen aus Berliner Presseblättern.

X Berlin. Die deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz dienen den Sachverständigen voraussichtlich Anfang der nächsten Woche fertiggestellt zu werden. Es ist in Aussicht genommen, die Gegenvorschläge zwischen der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen sowie Vertretern des Reichswirtschaftsrates zu besprechen. Erst nach dieser Besprechung wird eine endgültige Fassung der Gegenvorschläge erfolgen, und ganz voraussichtlich Ende der nächsten Woche.

Der frühere deutschösterreichische Gelände in Berlin Professor Hugo Hartmann sprach gestern in Berlin vor hervorragenden Persönlichkeiten aller politischen Richtungen über die Anschlußfrage und sagte, der Anschluß an Deutschland sei heute zu einem Dogma geworden, an dem man in Tirol ebenso wie in Wien, in der Steiermark ebenso wie in Salzburg oder Oberösterreich mit Unzufriedenheit hänge. Auf der Grundlage der vorzunehmenden Volksabstimmung werde in kürze ein Appell an den Völkerbund gerichtet werden.

Die französische Militärbürokratie hat in den bestreiten Gebieten den Beleidigungen verboten, die Proteste gegen die Pariser Verschärfungen fortzuführen, und bereits einer Reihe von Blättern mit Erziehungsverbot gedroht.

Die Entente-Kommission, die ausschließlich aus Engländern besteht, fest in Sicht, die Untersuchung der nach dem Osten fahrenden Dampfer ohne Rücksicht auf die Polluntersuchung fort. Die Kommission erkennt die amtlichen Polluntersuchungen nicht an. Sie verlangt, daß

es in Zukunft ein Verschärfen des Rechts der auslandenden Schiffe gezeigt wird.

In Sudowia an der Grenze von Pommern nach Polen ist ein rumänischer Händler festgenommen worden, der verdeckte, große Mengen von Heeresmaterial nach Polen zu verschaffen. Es handelt sich um Werte von zweien Millionen, darunter 50 Flugzeugen, Geschütze, Maschinengewehre, Artilleriefeuerrohre, 100.000 Militärausrüstungen, Güter usw. Werner ist im Provinz Bawenburg ein Gefangener verhaftet worden, der 13. Ma. Kanonenbeschüsse über die Grenze nach Polen verschossen hatte.

Die deutschen Vorstände.

Um 18. Februar. „Algemeine Handelsblatt“ wird aus Paris berichtet: Nach dem meist gut unterrichteten Berliner Reichstagbericht des „Journal“ haben England und Frankreich die deutsche Reaktion erlaubt, noch vor der Londoner Konferenz ihre Gegenvorschläge bekanntzugeben. Man erwartet, daß die deutsche Regierung nach der Rückkehr Dr. Simons nach Berlin diesen Wunsche entsprechen wird. Der deutsche Gegenvorschlag trage dazu bei, so behauptet Korrespondent, daß die Londoner Konferenz ergebnislos verlaufe und wahrscheinlich nicht einmal stattfinden werde. Die alliierten Regierungen würden, nach bemerkten Verhandlungen, gemeinsam ihre Weisheiten der britischen Regierung mitteilen, die die deutsche Regierung dann innerhalb einer Zusage erneuern oder ablehnen müsse. In Paris sieht man die Erwartungen bezüglich der deutschen Gegenvorschläge nicht groß. Was die Konferenz am 21. Februar angeht, so erwartet man, daß noch keine Weisheiten gezeigt werden sollen und daß erst verschiedene neue Unterlagen gebildet werden, um die Entscheidungen noch vorher zu verhindern.

Paris. Dem „Tempo“ wird aus Berlin gemeldet: Es geht das Gerücht, daß die deutschen Gegenvorschläge hauptsächlich auf folgende Punkte beziehen werden: 1. Begrenzung der Schuß auf eine geringe Summe als wie sie in Paris festgestellt wurde; 2. Organisation einer internationalen Einheit mit Unterstützung Amerikas; 3. Organisation der Wiedergutmachung in den zerstörten Gebieten durch ein Syndikat von Arbeitern und deutschen Unternehmern.

Europäische Pestepidemie.

X Paris. Die Agence Journal meldet aus San Remo, daß der deutsche Außenminister Dr. Simons dort eingetroffen sei und eine Besprechung mit dem General Giacomo gehabt habe. — Wie die Telegraphen-Union von zuständiger deutscher Seite erfuhr, trifft diese Meldung nicht zu, da Dr. Simons sich auf dem Wege von Karlsruhe nach Darmstadt befindet.

Die Befreiung in Wilsons Verlinden.

X Paris. Nach einer Blättermeldung aus Washington hat Präsident Wilson gestern zum erstenmal das Weiße Haus zu Fuß verlassen, um sich zu einer Sitzung des Kabinett zu begeben. Der Präsident ist sehr gealtert.

Die Schuldenfrage.

X Paris. Nach dem „Newspaper Herald“ hat der amerikanische Senator Lamont erklärt, daß Wilson bei der Friedenskonferenz in Paris keine Bindung in der Frage der Schulden der Alliierten übernommen habe. Lamont erklärte weiter, daß die Schuldenfrage von Harding als die wichtigste politische Frage mit besonderer Aufmerksamkeit geprägt werde.

Sofie soll Posthalter in Berlin werden.

X Marburg. Marburger Blätter wollen aus gut informierten Kreisen erfahren haben, daß der Führer der russischen Friedensdelegation in Bloo, Sofie, der ausdrucksreiche Kandidat als Vertreter der Sowjetrepublik in Berlin ist. — Wie die Telegraphen-Union hierzu von außerordentlicher Stelle erfuhr, erscheint diese Meldung wenig wahrscheinlich, da es jeden diplomatischen Verkommen widerstreicht, daß ein Vertreter eines fremden Staates in ein Land zurückkehrt, dessen Regierung ihn bereits früher einmal zum Verlassen des Landes gesungen hat.

gründet. Das große Reisevergnügen empfing er in jenseits Blätter der Berliner Universität, da der Geograph Antier neben dem Historiker Rante, der Germanist Jatos Grimm neben dem Althistorologen Höglund stand. Mit dem Eintritt der Geographie vertauschte er das der Altkunst und Sprachwissenschaft und wandte sich zunächst der Erforschung der alten Mittelmeerkulturen zu. Von London aus, wo er sich in das Studium des Arabischen versenkte, begann er 1846 seine erste Forschungsreise nach Marokko und Tripolis, die im Jahre darauf seine zweite Reise nach Tunis folgte. Er drang bis in das Mittelmeer vor und wurde hier in der Nähe der ägyptischen Grenze von Raubern seiner ganzen Habe beraubt und schwer verwundet. Nach seinem Genesung unternahm er eine Reise bis zum zweiten Karavanserai, dann eine Rückreise und kehrte seine Forschungen bis nach der Sinaihalbinsel und Palästina aus. Nachdem er noch dreißigjähriger Wissenschaft in die Heimat zurückgekehrt war, veröffentlichte er ein klassisches Reisewerk über seine Wanderungen durch die Küstenländer des Mittelmeeres und habilitierte sich 1848 an der Berliner Universität. Doch schon im folgenden Jahr brach er zu einer neuen Forschungsreise auf, indem er sich der nach dem Innern von Nordafrika von der britischen Regierung ausgerückten Untersuchungsexpedition anschloß. Fast leicht Jahre lang ist Barth auf dieser Fahrt unterwegs gewesen, hat die gefährlichsten Abenteuer bestanden, die bedeutendsten Entdeckungen durchgeführt und lehrte mit einem internationalem Ruhm in die Welt zurück. Als Abgeandert Englands schloß er seierliche Handelsverträge ab, so mit dem Fürsten des seit 1½ Jahrhunderten von seinem Großvater betreuten Landes Mir, so mit dem Tuaregfürsten des Nigergebietes. Barth entdeckte den Nianus, von dem er nachwies, daß er nicht, wie bisher angenommen, aus dem Tschadsee kommt, und seinen Nebenfluß Faro. Erführte eine große kartographische Arbeit über die Negerländer durch, legte reichhaltige Dokumentarien der Negerstrassen an und machte sorgfältige Unter suchungen über den großen Fluß des Tschadsees, den Schari. Auf seiner ferneren Reise entdeckte er zwei große Reiche, Kongo und Hamd-Alabi, die bisher nicht einmal dem Namen nach bekannt waren. Dann durchwanderte er die noch von seinem Europa durchsetzten Landschaften Gurma, Bistalo und Talla und kam schließlich nach ungesehenen Anstrengungen nach Timbuktu. Hier fand er gute Aufnahmen, weil man ihn für einen abgelaufenen Sultan von Stambul hielt; doch war er bei seinen Wanderungen in jenen Reigerräumen beständigen Lebensgefährten ausgezeichnet, und nur durch seine Gelehrte gegenpart und Unerschrockenheit sowie durch das Überglauen, daß er unverwundbar sei, entging er dem Tode. Als Barth am 8. September 1855 wieder europäischen Boden betrat, hatte er eine Reihe von fast 20.000 Kilometern zurückgelegt und eine neue Epoche in der Geographie geschafft.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenspielplan der Sächs. Staatstheater zu Dresden. Überaus: Sonntag, 20. 2. In einer Einstudierung und Aufführung Margarete, 1/2-10. Montag, 21. 2. 7. Wolfsvorstellung: Die lustigen Weiber von Windsor, 7-10. Dienstag, 22. 2. Carmen, 7-10. Mittwoch, 23. 2. V. Sinfonie-Rouge, Reihe A, 7 Uhr. Öffentliche Hauptprobe vorm. 12. Donnerstag, 24. 2. Ildar, 7-10. Freitag, 25. 2. Margarete, 7-10. Sonnabend, 26. 2. Bar und Zimmermann, 7-10. Sonntag, 27. 2. Die Walküre, Wodan: Theodor Werbärd a. G., 7-10. Montag, 28. 2. Fra Diavolo, 7-10. Schauspielhaus: Sonntag, 20. 2. Die verlorene Glorie, 7-10. Montag, 21. 2. Minna von Barnheim, 7-10. Dienstag, 22. 2. Die Göttin Gottes, 7-10. Mittwoch, 23. 2. Szenenfest, 7-10. Donnerstag, 24. 2. Der Widerspenstigen Zähmung, 7-10. Freitag, 25. 2. Die Göttin Gottes, 7-10. Sonnabend, 26. 2. Schluck und Jau, 7-10. Sonntag, 27. 2. Das gewandelte Teufelchen 2-5. Der Widerspenstigen Zähmung, 7-10. Montag, 28. 2. Goges und sein Ding, 7-10.

Schnitzlers „Aelten“ in Wien verboten. Die Volksschule hat die weitere Aufführung von Schnitzlers „Aelten“ in den Kommerziellen mit Rücksicht auf die Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten.

Das Besindes Carniol. Nach dem tragischen Berichte geht es Caruso besser. Es besteht Hoffnung auf seine Weiterherstellung.

Puccini im Sterben. Wie das „Berl. Tagebl.“ aus Mailand erfuhr, liegt der Komponist Giacomo Puccini im Sterben.

Erhöhung der Eintrittspreise in den Leipziger Theatern. Da die Stadt Leipzig wegen der schlechten Finanzlage den für das Rechnungsjahr 1921 bis 1922 voraussichtlichen Beitrag von 4 Millionen für die städtischen Theater nicht ansetzen vermag, hat der Rat der Stadt Leipzig, wie er in einem Schreiben an die Stadtverordneten mitteilt, beschlossen, ab 12. März d. J. die Lizenzen sowie ab 1. April auch die Abonnementkosten im Neuen Theater um 40 Prozent, im Alten und Operetten-Theater um je 25 Prozent zu erhöhen. Der Stadtrat rechnet mit einer Mehreinnahme von 2 Millionen, sodaß der städtische Budget immerhin noch 2 Millionen aufgebracht würde.

Eine schwedische Kunstschüler. Die Schüler der Kgl. Kunsthalle zu Stockholm haben den Studierenden der Dresdner Kunsthalle zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kommissionen einen Beitrag von 20.000 Kr. geleistet. Mit der reichen Gabe und der freundschaftlichen Gefügung, aus der sie hervorgegangen ist, haben die schwedischen Akademiter ihre Dresdner Kameraden doch erfreut und sie ihren warmen Dank erworben.

Die englische Gewerkschaftsmanufaktur über das Wasser. gegen die deutschen Kriegsverbrecher.

X London. Im Unterhaus gab der Generalstaatsanwalt auf eine Anklage über das Verfahren gegen die deutschen Kriegsverbrecher eine lange Erklärung ab, in der es heißt: „Bisher habe die britische Regierung keinen Mittelpunkt darüber erhalten, daß irgendeiner der von ihr ausgewählten Fälle vor Gericht gebracht worden ist. Es besteht in geradeem Widerstreit zu den Tatsachen, wenn er nicht mehr, daß einige Fälle, durch Übereinkommen oder auf andere Weise beigelegt worden seien. Es ist unzweckmäßig, daß die britische Regierung, das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher zu ergründen, bis dahin können, daß eine ungemein Verzögerung der Angelegenheit entgegensteht.“

Die britische Regierung ist nunmehr verpflichtet, die Angelegenheit aufzuräumen.

X London. Im Unterhaus gab der Generalstaatsanwalt auf eine Anklage über das Verfahren gegen die deutschen Kriegsverbrecher eine lange Erklärung ab, in der es heißt: „Bisher habe die britische Regierung keinen Mittelpunkt darüber erhalten, daß irgendeiner der von ihr ausgewählten Fälle vor Gericht gebracht worden ist. Es besteht in geradeem Widerstreit zu den Tatsachen, wenn er nicht mehr, daß einige Fälle, durch Übereinkommen oder auf andere Weise beigelegt worden seien. Es ist unzweckmäßig, daß die britische Regierung, das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher zu ergründen, bis dahin können, daß eine ungemein Verzögerung der Angelegenheit entgegensteht.“

Vermischtes.

Die Grippeepidemie. Die Grippeepidemie des Jahres 1918/19 bat in England wie aus nunmehr veröffentlichten Berichten herbeigeführt, nicht weniger als 151.466 Todesopfer gefordert. Der Präsident einer medizinischen Kommission, die von der englischen Regierung zur Erforschung der Grippe eingesetzt worden ist und nicht nur in Europa, sondern auch in Wien studierte, erklärte die Grippe nicht die Welt durchdringt. Sie zieht ihre Opfer hauptsächlich unter jüngeren und ganz jungen Leuten, die gut genährt waren und in guten Verhältnissen lebten, indem sie schwache und unterernährte Menschen mehr verschonte. Noch weit ärger als in Europa wirkte die Grippe in Ägypten, wo sie größere Verheerungen anrichtete als Pest und Cholera. In Indien starben an ihr nicht weniger als 6 Millionen Menschen. Die Krankheit trat hier viel heftiger auf als in Europa, die von ihr Befallenen wurden oft innerhalb von drei Stunden hinweggerafft. Überdauert zeigte sich — nach dem Bericht der englischen Kommission — die Grippe in den Tropen weitgehend tödlicher als in Europa. So wurden in Südostasien 13.943 Personen von der Grippe hinweggerafft, auf den Philippinen 7000, aus Mauritius starben 400 Leute am Tage.

X Hamburg. Ein Millionenbeträger in Hamburg verhaftet. In Begleitung eines Berliner Kriminalbeamten verhaftete in Hamburg ein Pariser Kriminalinspektor mit Hilfe der Hamburger Polizei den gefuchten armenischen Millionärsträger Barnas, der in Paris über eine Million Franken zusammengetrieben hatte und geflüchtet war. In Berlin betrieb er einen Auswanterwerbeschwindel großer Umlaufs. Es wurden bei ihm für mehr als zwei Millionen Francs Schmuckstücke beschlagnahmt. Auf keine Greifreise waren 100.000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Öffentliche Quittung

Über freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung in der Kreischaupiattenschaft Dresden:

X Frau Gräfe, Niesa, 5 Mr., von den Beamten und Arbeitern des Reichsverpflegungsamtes Niesa 70 Mr., vom Wohltätigkeitsverein Sächs. Freiwillige, Zweigverein Leibnitz, aus einer Extratour und Sammlung bei einem Veranlagten 72 Mr.

Weitere Beiträge werden angenommen in der Geschäftsstelle vom Niesaer Tageblatt.

Niesa, 19. 2. 1921.

Zum Prozeß Georg Kaiser. über den wir berichteten, wird dem „Berl. Vol.-Ans.“ geschrieben: „Darf man klauen“, wenn man begibt ist? Georg Kaiser bejaht es. Er gibt sogar dem Dichter noch mehr Rechte: er stellt ihn über das Gesetz und über die Moral; der Schaffende darf unbedingt das tun, was die menschliche Gesellschaft ein Verbrechen nennt, wenn er dadurch in seinem Schaffen gefordert oder von Hindernissen, die ihm entgegenstehen, beeinträchtigt wird. Schade, daß der Anwalt von dieser Theorie noch nichts wußte, der neuwulz den Einbrecher Straub mit Schiller verglich, er hätte seinen Klienten nicht nur vom Schock befreit, sondern ihm auch das Buchhaus zu ersparen gelassen. Das Gericht war anderer Meinung und sperrte Kaiser ein. Es ist augenblicklich der Ansicht, daß selbst Goethe und Shakespeare nicht heilen dürfen, zu denen oder über die sich Kaiser stellte. Es gibt genug deutsche Dichter, die gebürgert haben, aber genauso haben sie nicht. Sie stellen sich offenbar dazu für nicht genial genug. Und wenn man das Problem vorurteilsfrei betrachtet, kommt man ihnen und den Künstlern bei. Wenn das Genie fehlen oder wie Kaiser es als möglich darstellt, seine Kinder schlachten darf, dann erhebt sich die Frage, wer als Genie bezeichnet werden darf. Darüber sind gemeinhin die Ansichten geteilt und gewöhnlich ist es, daß Littauer der Nachwelt mögeln. Solange können idylische Dichter aber nicht marieren, und auf die Selbststeinhaltung des Angeklagten ist wenig zu geben. So wird im Gegenfall zur Steuererhebung immer zu hoch ausfallen. Kaiser hat sich, als er sich auf Littauer und Kleist berief, als er behauptete, in die Weltliteratur eingetreten zu sein, wahrscheinlich überschätzt — es sei denn, und dieser fatale Verdacht drängt sich auf — er wolle Großmahn mimen und so das Mal des Sünden zu erreichen suchen. Kaiser Sigismund behauptete über den Generalsatz zu leben, Georg Kaiser über dem Gesetz. Sie hatten beide Unrecht, und wenn jetzt der Dichter zu entscheidender Strafe verurteilt wurde, so geschah das von Rechts wegen.“ — Fritz Engel schreibt im „Berl. Tagebl.“: „Es gibt eine Hoffnung, die Krasar bleiben muß, wenn nicht diejenigen, die auch in schwierigen Stunden Gott danken, die Dummen bleiben sollen. Bei Kaiser wirkt dieses hemmungslose Dahinterziehen besonders peinlich, weil er es im Zusammenhang bringt mit seiner Bedeutung als nationaler oder als Weltdichter. Seine Folgerung ist: „Ich bin ein Genie, folglich darf ich klein sein.“ Der Satz ist klugen in sich. Und wie er, wenn man sagt zu behaupten, daß Kaiser kein Großer ist? Er ist als Schaffende Kraft gewiß nicht klein, ist sogar ein Phänomen in Ideen, in ihrer jugend roh gewachsene Ausdrucksform, in Übertreibungen, Wirkungen und Eindrücken. Ist er nicht? Die Literaturgeschichte mag rätseln, ob er in die Walhalla der Wenigen gehört. Und scheint sein Bild abgerundet als das eines Mannes, der, ohne Genie zu sein, einen Wipfel der besonderen, unsterblichen Talente aufzuzeigen.

Achtung!
Morgen Sonnabend
frische grüne Heringe
in passender Mittelgröße,
Pfund 2,80 M.
lebende Karpfen,
lebende Schafe.
Clemens Bürger.

Speisefazit

empfiehlt zertnerweise, sowie
eben gehörigen Posten

H. Gruhle

Bismarckstr. 35a, Telefon 652.

Nickritz.
Schweinfett, Pfund 12,50.
Margarine von 11,00 an.
Heringe von 1,00 an.
Anna verw. Winkler.

Rein. Schweineschmalz
Pfund 12 Mark
bei 2 Pfund je 11,75 Mark
empfiehlt

R. Gutmann, Hauptstr. 45.

Schweineschmalz 12,75

Margarine Pfund 10,50

Gürtlinge Pfund M. 5.—

Schweineringe Pfund M. 2,50

Göllkreis Pfund M. 3,50

Feigen, Erbsen
Linsen, Bohnen
und frische grüne Heringe
empfiehlt

Zt. Stiegler, Neu-

Weida.

Weisse Woche

im Kaufhaus H. Bach
Mittweida. Markt 31.

Große Posten weisse Waren

jetzt ganz enorm billig!

Roh-Nessel gute Ware 10 Mk.
86 br. Met.
Roh-Nessel, pa. vorzügl. Ware
Meter 12 u. 18 Mk.

Ganz schwerer Bettuch-Roh-Nessel, 160 breit
la. Ware Meter 25 Mk.

Stangenleinen Roh
(Bettdecken) 88 br. Met. 15 Mk.
140 br. Met. 20 Mk.

Prima Roh-Nessel
140 br. auch zu Bettbezügen
Meter 28 Mk.

Hemdentuch

Meter 10, 12 u. 14 Mk.

Handtücher — Wischtücher
Tischtücher alles enorm billig!

Kaufhaus H. Bach Mittweida.

Wir empfehlen
ein großes Lager
in
Fahrrädern
Fahrradzubehör
Fahrradsatteln
Wringmaschinen.

Franz & Emil Müller
Fahrradhandlung
Merzdorf, Fernpr. Riesa 606
Riesa, R.-B.-PL. Tl. 607.
Morgen Sonnabend von
mittag 1 Uhr ab

Brikettlausgabe
im Hof für Monate Januar
und Februar.
H. Bostach, Neugröba
Maschinenbaustraße 5.

Oberbrücker Bettsiedern
wie selbig von der Wans
kommen, Pfld. 24,50 M.,
sortiert Pfld. 29,50 M.
Graf Siewert, Wachsmeyer,
Voll Siegling, Oberbrück.

Gut-Bewindeschneidzeug
etw. 1/2 Bolt zu verkaufen
Pausch. Nr. 18.

Zwei Herrenfahrräder
und ein Damenauf
mit Bereifung zu verkaufen
Riesa 27.

Gebt Kinderwagen bill. auf.
zu erste im Ladebl. Riesa.

Ein Regulierofen
zu verkaufen. Zu erfragen
im Zoogärt. Riesa.

Vereinsnachrichten

Verein Freizeit und Sportländer, Riesa. Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr findet im Schützenhaus "Dügnowitz" statt. Dieser Abend ist nur für die Landsleute und deren Frauen, Gäste, sowie Angehörige und Kinder von Mitgliedern haben keinen Nutzen. **Freizeitverein, Sonnabend, 1/5 Uhr Übung (Damen u. Herren).** Riesa "Witschent". 20. 2. Turnmarkt, 1/2 Uhr (Sportplatz Witzsch). Bei ungünstiger Witterung 1/2 Uhr. **Babylon.** Ortsgruppe Riesa u. Ums. Abt. A des Einheitsverbands deutscher Kriegsbeschädigter u. Kriegerhinterbliebenen e. V. Sonntag, den 20. Februar, vorm. 9 Uhr Monatsversammlung. Er scheinen aller Kameraden erwünscht. M. R. "Gut Ton". Sonntag vorm. 9 Uhr Versammlung. **Stenographenverein Gröba.** Sonntag, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr Schön- und Richtigreden im Vereinszimmer der Wartburg. Tinte u. Feder. mitbr. Männergesangverein Gröba. Morgen Sonnabend 8 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal.

Die Waffen nieder!
gespielt von Mitgliedern des Turnvereins Möderan
Sonnabend, den 19. Februar, abends 1/2 Uhr

im Waldschlößchen.

Rathaussitzung 1/7 Uhr. Treppen der Räume: 1. Pl. (numeriert) 3 M. 2. Pl. 2 M. An der Kasse 50 Pf. Aufschlag. Vorverkauf bei den Herren Sternfuss, Steinkamm u. Deitsch. Der Heimatrat steht dem Rentenfonds

gefallener Krieger Möderan zu.

Um günstigen Auftritt bittet der Turnverein Möderan.

Bez. Gruppe Riesa d. Deutsch. Beamten-Bundes.

Freitag, den 25. Februar, abends 7 Uhr

im Saale der "Elbterrasse".

ordentliche Jahres-Hauptversammlung. I.-O.: Jahresbericht, Kostenbericht, Bericht der Ausschüsse. Jahres- und Kostenbericht d. Aussch. für Ferienanmeldungen. Anschließend hieran Vorlesung des Herrn Steuerinspektor Rüttner, Leipzig, über Beamtengewerkschaften.

Die Mitglieder der angegliederten Ortsgruppen sind

durch einladen.

Gesangverein "Froh Lied" Poppitz.

Sonntag, den 20. 2. 21. findet unser

Katerbummel

vom Fastnachtsgesellschaften im Gasthof "Stadt Riesa" in Poppitz statt, wo wir nochmals sämtliche Teilenehmer herzlich einladen. Für Überrauschung ist gesorgt. Anfang 6 Uhr. Jedes Mitglied ein Geschenk mitbringen.

Der Vorstand.

Militärverein Merzdorf u. Umgeg.

Sonntag, den 20. d. M., im Gasthof zum Schwan

Stiftungsfest

bestehend aus Gesangkonzert und Ball. — Anfang 6 Uhr. Hierzu laden alle Kommeraden nebst Angehörigen, sowie Gönner des Vereins freundlich ein

der Vorstand.

Spielvereinigung Riesa-Gröba.

Zu dem am Sonnabend, den 19. Februar, im Gasthof Mergendorf stattfindenden

Lumpenabend

laden wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen herzlich ein. Anfang 6 Uhr.

Ter Festauskunft.

F.-C. „Germania“ Nickritz.

Sonnabend, den 19. Februar, abends 7 Uhr, findet im

5. Stiftungsfest

statt. Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

Der Vorstand. R. Heinze.

Riebag Verkaufsstellen Bahnhofstr. 3a — Weida: — Schillerstr. 32. En gros: — Wettinerstr. 20.

Schokolade 100 Gramm 5.— Kakao 1/2 Pfund 5.— Pötzsch-Kaffee 6,50 Pötzsch-Tee 3,50 Doppelriegel-Kernseife M. 5.— la Seifenpulver M. 2.— 4.— Wiederverkäufer Extrapreise.

Schuhwarenverkauf.

Ein Posten

Herren-, Damen- und Burschenstiefel

wieder eingetroffen, welche ich preiswert abgeben kann.

Paul Schrapel, Gröba

Oskarstraße 21, II. link.

Schokolade für Wiederverkäufer zu Originalfabrikpreisen liefert

Wilhelm Frenzel Nachf.

Zuckerwarengroßhandlung, Wettinerstraße 2.

2 starke Arbeitspferde 6- und 7jährig, verkaufst, da übergängig

Spediteur Augustenhauer

Lebenwerda, Telefon 45.

Einen zuverlässigen Antächer nicht unter 25 Jahren, heißt ein

W. C. Wiegner

für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit
dargebrachten Glückwünsche und Gelübde sagen
wir allen lieben Freunden und Bekannten nur
hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Moritz, den 18. Februar 1921.

Emil Wiegner und Anna geb. Böttcher.

Sieberts Restaurant.

Sonnabend, Sonntag und Montag

großes Bockbierfest.

Prima Röll. u. Bockwürstel u. Mettla.

Stimmungsvolle Musik.

Um gütigen Besuch bitten Paul Siebert u. Frau.

Gasthaus Grubitz.

Sonnabend und Sonntag

großer Bockbier-Ausflöhn.

u. Bockwürstchen.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Hierzu lädt ergebnis ein Oskar Schaeff.

Restaurant „Zur Erholung“.

Sonnabend, Sonntag und Montag

großes Bockbierfest.

u. Bockwürstchen. Mettla.

Wurstküche. Unterhaltung.

Dazu lädt freundlich ein M. Wilhelm und Frau.

Reichshof Zeithain.

Sonntag, den 20. Februar, von 4 Uhr an

große öffentliche Ballmusik.

Hierzu lädt freundlich ein Oskar Gabler.

Sonntag nach Mutter

Hallo! zum Strandfest

des Gesellschaftsvereins.

Anfang 6 Uhr.

Gasthof Nünchritz!

Sonntag von 5 Uhr an

feine Ballmusik.

Hierzu lädt ergebnis ein Alfred Thiele.

Gasthof Bahra.

Sonntag, 20. Februar, lädt zur

Ballmusik.

freundl. ein M. Thalheim.

Gasthof Lentewitz.

Sonntag, 20. Februar, lädt zur

feinen Ballmusik.

freundlich ein Paul Gräfe.

Gasthof Sageritz.

Sonntag, 20. Februar, v. 6 Uhr an

Ballmusik.

Ergebnis lädt einen M. Wolf.

Nichters Restaurant

Bobersen.

Sonnab., Sonntag, Montag

großes Bockbierfest.

u. Bockwürstchen u. Pfannkuchen.

Dazu lädt ergebnis ein Herm. Nichter u. Frau.

Afa Riesa.

Sonntag, den 20. Februar

1921, vormittags 10 Uhr

im Goldhahn

Versammlung

Beilage zum „Kieferner Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterlich, Kiefer. Geschäftsführer: Gustav Kiefer. Herausgeber: Arthur Höhnel, Kiefer. Für die Anzeigen: Wilhelm Winterlich, Kiefer.

Nr. 41.

Freitag, 18. Februar 1921, abends.

74. Jährgang.

Die Karlsruher Rede Dr. Simons.

Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Text hätte der Reichsminister des Außenrechts Dr. Simons in einer speziellen Karlsruher Rede u. a. noch aus: Die Deutschen haben sich ungeheuren Schaden während des Krieges erneut erlitten. Sie sind enttäuscht, daß sie nun von der Hand im Stich gelassen werden müssen und erwartet, daß Deutschland ihnen künftig Hilfe gewährt. Sie setzen daher vorüberhend hinaus, was Deutschland innerhalb der Grenzen in seiner Kraft leisten kann. Allerdings ist auch in ihren Gedanken ein Rückgang zu bemerken. Heute bringt er vorerst einen Wert mehr als 200 Milliarden Goldmark. Sie forderten in Boulogne aber schon ihre Fortbewegung zurück und sind jetzt wiederum gegen die Boulogne-Beschluß zurückgegangen, allerdings nicht ohne andererseits ihre ganze Hoffnung auf die Ausfuhrabgabe zu setzen. Sie werden in beiden Punkten die Bedeutung ohne den Wert gemacht haben. Denn es wird ihnen nicht gelingen, von uns diese Rechte auf die Zukunft zu erhalten. Es wird in London unsere Aufgabe sein, bei der Wege zu wenden. Daß es uns kaum nur darum geht, daß man die ganze Welt an der Sanierung mit beteiligt. Durch unsere Arbeitsträger müssen wir den Geldgebern Sicherheit stellen. Unsere Vorschläge für die Londoner Konferenz müssen klar, durchdringend und praktisch durchführbar sein. Sie müssen aber so durchdringend und durchführbar sein wie sie wollen, wie sie der Londoner Konferenz trotzdem wenig optimistisch entgegen. Das Unheil ist geschehen. Die Summen von Paris sind genannt. Damit ist die Unvereinbarkeit des deutschen und des gegnerischen Standpunktes dargelegt. Kommen wir jetzt mit Vorschlägen, dann wird man gegen unsere Vorschläge genau so reagieren, wie mit gegen die Partei Beschlüsse rebelliert haben. Das ist ein ungünstiger Vorhang für London. Es ist daher möglich, ja sogar durchaus wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in den ersten Versuchen kein Ergebnis zeitigt. Was wird aber dann geschehen? Sämtlich wird der Standpunkt so sein wie vor der Pariser Konferenz. Eine Verständigung ist ausgeschlossen, die Bestimmungen des Vertrages von Versailles weiter. Man muß also zum 1. Mai 1921 die Summe dieser Schadensansprüche der Gegner mitteilen und Entscheidung treffen, in welcher Art die Bezahlung zu bestimmen hat. Die Reparationskommission muß dann von Zeit zu Zeit prüfen, ob es Deutschland möglich ist, die Zahlungen zu leisten. Die Reparationskommission hat ja bereits 40 Milliarden Goldmark in Bonds am 10. Januar 1919 bei Abschluß des Friedens erhalten. Sie hat aber damit nichts anfangen können. Weitere 40 Milliarden werden auf Wunsch der Reparationskommission demokratisch ausgegeben. Es ergibt sich, daß man sich über diese Bonds ein ganz falsches Bild gemacht hat. Man hat in Frankreich eine Finanzaktion damit anbahnen wollen. Das ist aber unmöglich. Denn zu viel Bestimmungen stehen dem entgegen. Keine Finanzmacht der Welt kann auf diese Bonds Geld geben. Sie sind keine genügende Unterlage für eine Finanzaktion. Man kann sie nicht vortrefflich verwerten. Es bleibt Katastrophenpolitik liegen, wenn wir die Pariser Beschlüsse in London annehmen würden. Denn wir könnten sie nur annehmen, indem wir doch bestimmt mit unserem Konsens rechneten, oder wie müßten darauf hoffen, daß über kurz oder lang ein Umsturz, eine Umwandlung der politischen Ordnung in Europa eintreten werde. Es ist nicht unsere Aufgabe, auf eine von beiden Möglichkeiten vorzubereiten. Wir brauchen Ruhe und Verständnis für unsere Lage. Wir brauchen nicht einzumischen in einen neuen Krieg. Denn wir haben genau Biß geprägt. Unter Biß kann uns nur durch Krieg und Faschismus Schaden dahin bringen, daß wir den Antipoden des Alliierten getötet werden können. Auf diesem Wege liegt aber die Abrechnung der Pariser Beschlüsse. Wollen wir nach London gehen, so müssen wir uns klar über die Folgen sein und festhalten an dem, was wir einmal für richtig erkannt haben. Unbedingt nötig ist, daß über alle Sorgen und über alle Drobungen die Einheit des Reiches gewahrt bleibt. Die Partei Bevölkerung würde in ihrer Konsequenz zur Vernichtung der Reichseinheit führen. Sie läuft auf dauernde Zersetzung des Reiches hinaus, was wir in gemeinsamer Arbeit errungen haben. Hader, Streit, Missgunst würden übermäßig, die Reichseinheit würde zerstört, wenn man die Partei Bevölkerung annehmen könnte sie nicht an, so kommen die Sanktionen. Sie laufen auf ein Untaten des deutschen Einheits hinaus. Jedes Bestreben, das dahin geht, deutliche Sanktionen einander zu reichen, ist ein Attentat auf die Bevölkerung. Ich habe hier bei meiner Rede das Gefühl gehabt, daß die es Attentat auf den einzigen Widerstand der deutschen Bevölkerung stören wird. Je mehr man aus der Reichseinheit herumdominiert, desto fester wird man sie schützen. Lassen Sie mich nach London gehen mit dem Gefühl, daß diese Gewalt durch nichts zerstört werden kann. Zum werden Sie mir die Kraft und den Mut geben, das Recht zu sagen, daß mit mein Gewissen und das Reich vorziehen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir geschenkt haben und hoffe, Ihr Vertrauen wirst zu machen und zu erhalten.

Italienische Pressekritiken.

Die italienische Presse bespricht die Stuttgarter Rede des Konsuls Dr. Simons. „Popolo Romano“ schreibt: „Allen die Anerkennung des Grundbesitzes der menschlichen Solidarität kann in Europa den wahren Frieden wieder herstellen.“ „Tribuna“ legt mit Bezug auf die Prozentige Ausfuhrabgabe, diese Raupe könne wohl England, nicht aber den Süden zum Vorzeile gereichen, die, wie Italien, auf die Einzufluss deutscher Waren angewiesen sind. Die verhinderten Pläne sollten vielmehr Deutschland in die Lage sehen, sowohl als möglich auszuführen zu können, denn nur wenn seine Wirtschaft gedeiht, kann Deutschland zufriedenstellend werden. Die Ausfuhrabgabe kann überdurchschnittlich werden. Die Raupe kann überdurchschnittlich auch die Kontrolle über die Amerikaner verstehen, denn diese können unter keinen Umständen damit einverstanden sein, daß sie die deutschen Waren teuer bezahlen müssen. Der Artikel schreibt: Nach dem ungeheuren Konflikt sehnt sich die Welt nach einer endgültigen Sollierung des Janus-Tempels: der schwäbische Tribut wird über 40 Jahre lang die „portas bellorum“ erhalten; das haben die Delegierten in Paris nicht in Betracht gezogen. Wenn wir den Frieden wollen, so müssen wir Deutschland eine Entschädigung auferlegen, die es kostet zahlen kann.

Die italienisch-schwedischen Gewerkschaften erheben Widerstand gegen den Süden der Sklaverei, zu dem die deutsche Arbeiterschaft für 40 Jahre zum Profit eines fremden Kapitalismus und Imperialismus verurteilt werden soll und protestieren gegen die Erfordernisse des deutschen Volkes durch neue Auflagen.

Französische Drohungen.

Marcel Guérin schreibt im „Echo de Paris“: Wenn die Deutschen mit einem kategorischen Nein London verlassen würden, ist anzunehmen, daß die französischen Unterhändler

Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

Die Befreiung der sozialistischen Interpellationen.

„München, 18. Februar.“

Bei vollbesetztem Haus und überfüllten Tribünen begann gestern im Landtag die Befreiung der Interpellationen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen über die Haltung der bayerischen Regierung zum Reichstag in der Entwicklungstage. Der Sozialdemokrat Kädermann erklärte u. a.: Die Haltung der bayerischen Regierung in der Entwicklungstage habe die Stellung der Reichsregierung allgemein erschwert. Es sei die Schuld der bayerischen Regierung und der Koalitionsparteien, wenn es zwischen der Reichs- und der bayerischen Regierung zu einem folgenreichen Konflikt kommen sollte. Der Redner bestätigte sich dann ausdrücklich mit der Einwohnerwehr. Die bayerische Regierung habe den bayerischen Schaden benutzt, um die Notwendigkeit in Bayern naizuzuladen. Auf die Entente habe das aber nicht gewirkt und das Pariser Diktat forderte daher die Auflösung der Einwohnerwehr. Die außenpolitische Situation in Bayern sei furchtbar ernst. Die Partei der Sozialdemokratie sei: Mit der bayerischen Regierung und mit Bayern für das Reich; mit Bayern gegen das Reich niemals! — Die Unabhängigkeiten verzichten auf eine Befreiung ihrer Interpellationen.

Ta auf nahm Ministerpräsident Dr. v. Kahr zur Befreiung der Interpellation in Anwesenheit des Justizministers das Wort. Das ganze Deutsche Reich in allen seinen Teilen sei darin einig, daß die Partei Befreiungskrieger nicht aufzunehmen. Sie könnten aber einen gewissen Erklärungsbereich ausüben, der die Entwicklung auswirkt, daß ein Tag gefunden wird, an dem die erforderliche Befreiung der Einwohnerwehr vom bayerischen und bayrischen mit dem sozialen Verständigung übernommene Verpflichtungen zu verbinden vermögen. Nach kurzen Reden eines Nachbündnis, eines Sozialdemokraten und eines Kommunisten erklärte Ministerpräsident Dr. v. Kahr zum Schlus: Die Einheit des deutschen Volkes darf und soll von uns nicht geteilt werden. Das ist die Grundlage für unser künftiges Handeln. Deutsche aller Länder vereinigt Euch! (Applaus). Gestaltung.

Fortschritte gemacht habe, sei im wesentlichen ihr zu verdanken. Sie werde ganz von selbst verschwinden, wenn der Staat genügend erholt sei, um seinen ganzen Befand sicher zu stellen und der Bevölkerung den notwendigen Schutz zu gewähren. Das Pariser Diktat selbst bedeutet eine starke Förderung des Radikalismus und des Bolschewismus. Angetischt dieser Lage sei die Einwohnerwehr nach wie vor eine soziale Lebendnotwendigkeit. Das Pariser Diktat sei und bleibe ein Unmögliches, weil es über die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hinausgeht. Die Aussprache, die demnächst in London stattfindet, wird uns vielleicht eine leichte Gelegenheit bieten, um doch noch eine Beweisung des Gedankenganges unserer Delegaten herbeizuführen, die, wenn sie unabänderlich sein sollten, und zum Neuerwerb treiben würden. Werde diese Lösung enttäuscht, und sollte das bayerische Volk aus London mit etwas verunsichernden Wörtern alle Hoffnungen fahren“ auszuführen, so wird Europa zur Hölle werden. Diese Quetschung zum Feindproblem führt auch in der Entwicklungstage zu dem Ergebnis, daß untere Einwohnerwehr noch nicht aufgegeben werden darf. Wir haben es für unsere heilige Pflicht erachtet, die Partei der Sozialdemokratie mit allem Nachdruck gegenüber zu vertreten. Sollte die Reichsregierung zu der Auflösung gelangen, sich diesem Landstrubus nicht anzuheften zu können, so müsse sie für alle Maßnahmen, welche sie einschließen sollte, auch die ausschließliche Verantwortung nach jeder Sichtung tragen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von den Befreiungsparteien mit Beifall, von den Freiheitlichen mit Handklatschen aufgenommen. Sie waren natürlich ebenso eine gemeinsame Erklärung ob, welche die Befreiung auswirkt, daß ein Tag gefunden wird, an dem die erforderliche Befreiung der Einwohnerwehr vom bayerischen und bayrischen mit den sozialen Verständigung übernommene Verpflichtungen zu verbinden vermögen. Nach kurzen Reden eines Nachbündnis, eines Sozialdemokraten und eines Kommunisten erklärte Ministerpräsident Dr. v. Kahr zum Schlus: Die Einheit des deutschen Volkes darf und soll von uns nicht geteilt werden. Das ist die Grundlage für unser künftiges Handeln. Deutsche aller Länder vereinigt Euch! (Applaus).

nach Paris zurückkehren werden, und daß Ministerpräsident Bräuer unverzüglich das Parlament unterrichten werde, dann solle die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort freien lassen würden, die im Abschluß von Paris vorgesehen seien. Wenn England beispielswise beschreitet von den Kostenzuschüssen eines großen deutschen Hauses und wenn Frankreich für den Aufzug beginne, hande auf eine Industrielle Großstadt zu legen, die für die Kohlenförderung für Bayern und andere deutschen Staaten in Frage komme, dann würden die Deutschen sich wohl die Sache überlegen, und ohne Zweifel nach London zurückkehren, um auf der Grundlage zu verhandeln, die sich den Pariser Dispositionen anpassen.

Der Entwurf des neuen Reichsmietengesetzes.

Der Entwurf des neuen Reichsmietengesetzes, der dem Reichsrat vorliegt und im März dem Reichstag zugegeben soll, bestimmt in den Hauptpunkten folgendes:

Das Gesetz ist als Maßnahmen gedacht und überlädt den Landesregierungen die Ausführung. Es lebt sich an die preußische Mietsteuerordnung an und dürfte in Praxis auch keine höheren Probleme wie jetzt in Preußen in Anschlag setzen, regelt aber genauer die Fragen der Instandhaltung.

Für alle Mietverträge soll in Zukunft eine gesetzliche Miete eingeführt werden, und zwar nach Ablauf des Vertrages, der von beiden Seiten gekündigt werden kann, bei besonderen Fällen (ungewöhnlich niedrige Preise bei langfristigen Verträgen) sofort. Ob letzteres trifft, entscheidet das Mieteingangsamt. Kommt bei Festigung der gelegenen Miete zwischen Vermieter und Mieter keine Einigung zu stande, so entscheidet das Einigungsamt. Die Vereinigung der gesetzlichen Miete erfolgt etwa wie jetzt in Preußen, also in vier Einstiegmieten plus Zuschläge, die den gegenüber der Vorriegszeit eingesetzten allgemeinen Steigerungen der Betriebskosten und der Kosten für laufende Instandhaltungsarbeiten Rechnung tragen sollen. Diese Zuschläge sind von den Ländern in Hunderttausend der Friedensmiete festzulegen. Ein Höchstzah wird im Reichsgesetz nicht festgelegt.

Um größere Instandhaltungsarbeiten durchzuführen, kann der Vermieter den Antrag stellen, zu einer gesetzlichen Miete noch Zuschläge zu erheben. Die Zuschläge sollen das aufgewandte Kapital allmählich tilgen. Die Höhe dieses Zuschlags entscheidet die Behörde. Bei den Reparaturarbeiten hat also in allen Fällen die Behörde auf Antrag des Vermieters zu entscheiden. Der Vermieter hat Zuschläge zu machen, und zwar bei kleinen wie bei großen Arbeiten, also auch bei Tapetenwechseln von Zimmern, Erneuerung der Treppenläufer usw. Selbständig darf er nicht vorgehen. Bei Berechnung der außerordentlichen Reparaturzuschläge ist zu berücksichtigen, daß bereits in der Miete ein Zuschlag für kleinere Instandhaltungsarbeiten festgelegt ist.

Die Mietervertretung wird für alle Häuser einzutreten. Sie ist in berechtigt, Verhandlungen für die Mieter bei den Behörden zu führen. Das Einigungsamt soll bei Streitfällen die Mietervertretung hören. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Mietervertretung dadurch zu wirken, daß beide Vertragstelle Forderungen und Maßnahmen unterlassen, welche die gemeinsamen Interessen der Vertragstelle oder das Gemeinwohl schädigen.

Der Hassler Kommunistenprozeß.

Am gestrigen Abend der Verhandlungsstage gab es wieder eine einstündige Verhandlung, weil die Abholung des Angeklagten aus dem Untersuchungsgefängnis nicht klar war. Dann erfolgte die Weitervernehmung des Angeklagten Hassler. Auch gekommen sprach dieser nur wenig und wenn dann nur leise, so daß er kaum dem Gericht verständlich ist. Der Angeklagte war Leiter des Unterbezirks Dortmund. Aus den ihm vorgebrachten Dokumenten verließ der Vorlesende zunächst einen weiteren Organisationsbericht, der den Namen

führt: Anweisung für die Degermenten. Dieser Plan hat eine verblüffende Neugierde mit der Organisation des ehemaligen Reichsheeres. Darin wird die neue Armee in Degerment eingeteilt, deren Beliebung und Tätigkeit bis ins kleinste eingeteilt ist und die vollkommen in Krieger militärischer Ausbildungswelt niedergelegt sind. Gleichzeitig ist die Befreiung der Einwohnerwehr vom bayerischen und bayrischen mit den sozialen Verständigung übernommene Verpflichtungen zu verbinden vermögen. Nach kurzen Reden eines Nachbündnis, eines Sozialdemokraten und eines Kommunisten erklärte Ministerpräsident Dr. v. Kahr zum Schlus: Die Einheit des deutschen Volkes darf und soll von uns nicht geteilt werden. Das ist die Grundlage für unser künftiges Handeln. Deutsche aller Länder vereinigt Euch! (Applaus).

Am weiteren Verlauf der Verhandlung werden Dokumente besprochen, die Aufschluß geben über eine Schlüsselstrecke, die von der Organisation der Roten Armee benutzt wurde und aus Jahren, Jahrzehnten und wahrscheinlich Jahrzehnten besteht. Mit Hilfe eines „kleinen Briefmarkenammlers“ lädt sie sich entziffern.

Der Angeklagte wird dann eindringlich von dem Vorlesenden gefragt, woher seine antiken militärische Kennisse kommen. Nach langerem Drängen gibt er an, daß er früher Unteroffizierschüler gewesen ist. Während der Anhörung hat er am Anfang gegen die Regierungstruppen teilgenommen. Als der Verteidiger, Reichsdammt Dr. Wolff, von dem Angeklagten wissen will, was er über eine angebliche Niederwerfung von Tausenden von Arbeitern durch weiße Truppen weiß, kann der Angeklagte nur von einer handgreiflichen Erfahrung Mitteilung machen, wobei 20 Arbeiter erschossen worden seien, weil sie im Besitz von Gewehren waren. Der Reichsdammt macht darauf aufmerksam, daß sich auch von der Gegenseite manches erzählen lasse.

Hierauf füht der Vorlesende das Ergebnis der bisherigen Vernehmung des Angeklagten wie folgt zusammen: Der Angeklagte glaubte an einen bevorstehenden Reichsapartheid und hielt sich deshalb für berechtigt, an der Bildung einer Selbstschutzbewegung mitzuwirken.

Aufsehen erregt es, als der Verteidiger vortritt und dem Gericht ein starkes Schreibmaschinenmanuskript überreicht.

Es soll einen genau aufgestellten Plan eines bewaffneten Orgesch-Organisation im Rheinland und Westfalen

erhalten, mit genauem Abrechnungsbericht der Betreiber. Die Zeitung des Unternehmens soll in den Händen eines Bergfests in Siegen liegen. Der Betreiber fordert die Staatsanwaltschaft auf, sofort eine Untersuchung über diese Angelegenheit einzuleiten. Darauf wird die Verhandlung abgebrochen und auf heute vormittag verzögert.

Bermischtes.

Schlesische Hölle von Schäfereiheit in Bondon. In der letzten Woche wurden in Bondon 22 Hölle von Schäfereiheit, in der vorherigen Woche 20 Hölle festgestellt.

Sport.

Der Naturverein e. V. hielt fürstlich seine ordentliche Hauptversammlung ab, die von 48 Mitgliedern besucht war. Dem Jahresbericht entnehmen wir folgende Eingaben: Das Vereinsjahr 1920 stand für den Naturverein e. V. im Zeichen kräftiger Entwicklung. Zum ersten Male konnten die Farben Riesa auf einer internationalen Natur-Vergesellschaften gezeigt werden. Zum ersten Male konnte ein Sieg errungen werden. Der Naturbetrieb war ein bisher unvergleichbarer Kilometerpreis erreangen die Herren Erich Schneider, Georg Rohrborn und Erich Rohnsdorf. Die Kostenverhältnisse sind trotz der gewaltigen Ausgaben zufriedenstellend, dank dem Vorsteher der Mitglieder des Vereins, namentlich der älteren Herren, dank der hohen Zuwendungen von Freunden und Sponsoren des Natursports. In den Sitzungen wurde eine Tendenz vorgenommen, Aufnahme betr. weiterer Erhöhung der Mitgliederbeiträge um 50 vom Hundert. Der Verein verfügt über 8 Gigaboots, 1 Rennboot, ferner befehlt das Bootshaus noch 7 Privatboote. Der schwungsgemäß ausschweifende Gesamtvorstand wurde wiederum gewählt, und zwar 1. Vor. Georg Thomas, 2. Vor. Bernd. Streib, Schriftwart Alfred Künster, Kassenwart Kurt Münnig, 1. Kassenwart Bernd. Schmidhuber, 2. Kassenwart Otto Ohme, 1. Postwart Erich Schneider, 2. Postwart Martin Goh, 2. Postwart Hans Müller, Haus- u. Gartenwart Hermann Schneider. Neu wurde als Vertreter der passiven Mitglieder und gleichzeitig als Vertreter des Vergnügungsvereins der Direktor Schoppmann eingewählt. Die technische Ausbildung liegt wiederum in den Händen des bewährten 1. Kassenwartes, Herrn Schmidhuber, sodass das neue Vereinsjahr sich würdig dem vergangenen antreuen wird.

Verloren

am 18. 2. Kall. Wilh. Blas goldner Ring mit 2 roten Steinen. Gegen gute Belohnung bitte abzugeben im Tageblatt Riesa.

Gemüll, gutmöbl. Zimmer ver sofort oder 1. April in Gröba oder Riesa gefucht. Baumwolle, Obje., Gröba, Ortsbaumw. Kinst. Schiffs.m. Wittenberg. Zu erft. im Tageblatt Riesa.

Zantze möglich bald meine Wohnung in Gröba mit einer in Riesa. Zu erft. Riesa, Goethestr. 102, Zimmer 2. Auft. Mädch. kann Schlafz. erhalten. Poppelsk. Str. 7.

Heiratsgesuch.

Strebsamer junger Mann, 29 Jahre alt, dunkelblond, in sicherer Stellung, wünscht die Bekanntschaft einer hübschen jungen Dame zwecks späterer Heirat. Kriegeramt, nicht ausgeschl. Offiz. Bild u. TK 6660 an das Läb. Riesa. Solider Herr, 82 Jahre alt, sucht mit anständigem Fräulein ob. Wünsche in Verh. zu treten zwecks

Heirat.

Offerten unter T. M. 6662 an das Tageblatt Riesa.

J. Wied. J. Stell. od. Klin. Zu erft. im Tageblatt Riesa. Fleißiges, tüchtiges

Mädchen

für soj. od. 1. März gesucht. Frau Schwabe, Wettinerstraße 26.

Wetter

Hausmädchen gewandt, zuverl. u. keine Ard. schwer, in Haushalt und Koch erfahren, für 15. März ab 1. April in Lauerst. zu älterem Ehepaar nach Dresden gefucht. Vorurteilen mit Gewissheit bei Frau Herrmann in Riesa, Bismarckstr. 116, welche gern jed. Auskunft gibt.

Für sofort oder 1. März wird ein besseres, älteres

Hausmädchen nicht unter 20 Jahren, mit etwas Kocherfahrung, und ein jüngeres Hausmädchen von 16-18 Jahren nach Dresden gefucht. Vorurteilen bei St. Burek, Riesa, Weinherrnstraße 28, 1.

Gejagt zum 15. März

tüchtige Köchin die auch Haushalt übernimmt und schon in ähnlicher Stellung war.

Frau Rudolph, Rittergut Promnitz d. Riesa. Frau ob. Mädchen f. Sonnabends vorm. 2. Februar machen gefucht. Schulte, Str. 2.

Heiliges Mädchen mit Kocherfahrung 2. März gesucht. Stolz, Goethestr. 2.

Goldes, ehrl. Mädchen für Büfett

sorbt gefucht. Hotel Wettiner Hof.

Saubere Waschfrau wöchentlich für 2 Tage sofort gefucht. Wettiner Hof.

Saubere Waschfrau sucht Café Grube.

Ein Junge 15 Jahre alt, sucht Stellung auf Land zum 1. April. Antritt. Zu erft. Gröba, Belfweg 1.

Einfamiliengrundstück in Gröba oder Neuweida zu kaufen gesucht.

Älterer Befehl kann auf Wunsch wohnen bleiben. Offerten unter T. M. 6662 an das Tageblatt Riesa.

Junge Legehühner verkaufte Kleinrägen 10. Eine hochtragende Hühnchen steht zum Verkauf.

Zu erft. im Tageblatt Riesa.

Wohnungs-einrichtungen für jedermann finden Sie bei

Edmund Wilhelm, Möbelfabrik, Filiale Riesa, Schloßstr. 2.

komplette Brautausstattungen in echt und gemalt sowie alle Einzel- und Polstermöbel.

Wache besonders ausmerksam auf meine Spezialität:

Eiche Imitation, gerüst, von echte Eiche kaum zu unterscheiden.

Büfette 2. 1250 M. an

Küchen 450 -

Bücherregale 1200 -

Schreibtische 600 -

Wohnzimmer 475 -

Schrank 555 -

Kommoden 875 -

Anzugsstühle 315 -

Sozialstühle 250 -

Schlafzimmer 475 -

Bettstellen 185 -

Nachttischen 170 -

Küchenrahmen 800 -

Küchenrahmen, Bänke, Stühle, Handtuchhalter in großer Auswahl.

Schlafzimmers 1.50 Meter lang mit verstellbarem Seitenbett von 225 M. an.

Coche, moderne Küchen von 800 M. an.

Pflichtiges in allen Farben und Mustern von 1250 M. an.

Vollverschließbare mit gutem Glas und Platte von 250 M. an.

Stuhlsessel 800 M. an

Stuhlsessel 1000 -

Saaten-Matrizen 225 -

Patent-Matrizen mit 8 teil. Auflagen von 625 M. an.

Schreibstuhl von 300 M. an.

Stühle mit Naha. Schre- und Schreitfähigkeiten in allen Preisgraden.

Wahlanschreiben.

Die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Bandfrankenklasse zu Gröba findet am Sonntag, 8. März, von 10 Uhr vorm. bis 12 Uhr nachm. statt. Um die Arbeitgeber, wie für die Versicherer steht, im Stimmbezirk

A) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

B) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

C) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

D) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

E) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

F) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

G) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

H) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

I) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

J) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

K) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

L) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

M) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

N) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

O) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

P) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Q) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

R) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

S) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

T) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

U) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

V) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

W) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

X) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Y) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Z) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

A) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

B) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

C) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

D) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

E) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

F) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

G) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

H) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

I) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

J) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

K) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

L) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

M) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

N) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

O) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

P) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Q) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

R) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

S) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

T) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

U) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

V) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

W) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

X) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Y) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Z) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

A) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

B) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

C) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

D) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

E) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

F) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

G) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

H) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

I) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

J) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

K) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

L) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

M) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

N) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

O) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

P) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

Q) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und

R) umfassend die Gemeinden Gröba, Riesa und